Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/11108

19. 06. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Waltraud Schoppe, Gerd Poppe, Rita Grieshaber, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/9974 –

Freiwilliger Verhaltenskodex für deutsche und europäische Unternehmen in China

A. Problem

Beitrag zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in China durch Schaffung eines freiwilligen Verhaltenskodexes für deutsche und europäische Unternehmen in China.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 13/9974 – abzulehnen.

Bonn, den 17. Juni 1998

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost	**Paul K. Friedhoff**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Paul K. Friedhoff

I.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde in der 221. Sitzung des Deutschen Bundestages am 4. März 1998 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuß, den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II.

Der **Auswärtige Ausschuß** hat in seiner 83. Sitzung am 1. April 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/9974 – zu empfehlen.

Der **Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner Sitzung am 27. Mai 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der **Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 79. Sitzung am 22. April 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/9974 – zu empfehlen.

III.

Die antragstellende Fraktion weist darauf hin, daß die Menschenrechtssituation in China noch immer besorgniserregend sei. China habe nahezu 20 Konventionen der International Labor Organization (ILO) ratifiziert und die Antifolterkonvention der Vereinigten Nationen unterzeichnet. Für deutsche und europäische Unternehmen, die in China investieren und Joint-ventures gründeten, müsse es nun darum gehen, daß insbesondere die in den Konventionen der ILO niedergelegten arbeitsrechtlichen und sozialen Grundsätze bei Gründung und Betrieb eines Unternehmens verwirklicht würden. Auch gehe die wirtschaftliche Umstrukturierung in China bislang nicht mit dem Aufbau der entsprechenden sozialen Sicherungssysteme einher. Die Antragsteller halten es daher für erforderlich, daß ein verbindlicher und kontinuierlicher Menschenrechtsdialog zwischen Wirtschaft und Politik begonnen wird. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, auf Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern hinzuwirken, freiwillige Selbstverpflichtungen im Sinne eines Verhaltenskodex für Joint-ventures und Investitionen in China zu beschließen. Der Verhaltenskodex soll unter anderem eine Korruptionsklausel, ein Verbot der Zwangs- und Kinderarbeit sowie Selbstverpflichtungen zum Schutz der Umwelt und der Gesundheit enthalten.

IV.

Der **Ausschuß für Wirtschaft** hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in seiner 87. Sitzung am 17. Juni 1998 beraten.

Der Ausschuß für Wirtschaft beschloß mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/9974 – zu empfehlen.

Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD gefaßt.

Bonn, den 17. Juni 1998

Paul K. Friedhoff

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333